

25. Juni 2002

„Migration keine Bedrohung“

Forscher: Nur vorübergehend Zuwanderung aus Osteuropa

Von Pitt von Bebenburg

Wissenschaftler beziffern die Zahl der Osteuropäer, die bis etwa 2020 nach Westeuropa auswandern werden, auf etwa vier Millionen. Die Verfasser des „Migrationsreport 2002“ unterstützen das von der rot-grünen Bundesregierung vorgelegte Zuwanderungsgesetz und warnen vor einem unsachlichen Wahlkampf.

BERLIN, 24. Juni. Nach der Osterweiterung der Europäischen Union (EU) werden etwa vier Millionen Menschen in einem Zeitraum von 15 Jahren aus den Beitrittsländern nach Westeuropa kommen. Das schätzen führende Forscher, die am Montag in Berlin ihren „Migrationsreport“ vorstellten. Der Berliner Bevölkerungswissenschaftler Rainer Münz sagte, zwischen 700 000 und 900 000 Osteuropäer hätten bereits „relativ konkrete Vorbereitungen“ für ihre Übersiedlung getroffen. Die Menschen gäben vorrangig Schweden, Deutschland, Österreich, die Schweiz und Italien als gewünschte Zielländer an.

Der Berliner Forscher sprach von einer Übergangsphase. Längerfristig sei nicht mit einer Wanderung aus Osteuropa zu rechnen, da die Bevölkerung dort noch rascher altere als hier zu Lande. In dem Re-

port heißt es, nach 2010 sei „in der westlichen Hälfte Europas mit einem deutlichen Rückgang des inländischen Arbeitskräfteangebots“ zu rechnen. Münz und der Wiener Geograph Heinz Fassmann sagten, dann wäre Zuwanderung aus Osteuropa „nicht mehr eine Bedrohung, sondern eine willkommene Ergänzung des (...) schrumpfenden Arbeitskräftepotenzials“.

Heute gebe es nach Schätzungen drei Millionen Menschen, die illegal in Westeuropa arbeiteten, sagte Münz. Offenbar gebe es eine Nachfrage nach diesen Arbeitskräften. Die Tätigkeit von Haushaltshilfen werde etwa stillschweigend geduldet. „Dort, wo man es stoppen könnte, indem man die westeuropäischen Arbeitgeber bestraft, tut man es nicht“, stellte Münz fest.

Der Osnabrücker Migrationsforscher Klaus J. Bade verteidigte das Zuwanderungsgesetz der Bundesregierung und warnte davor, „mit falschen Argumenten“ im Wahlkampf Stimmung dagegen zu machen. Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck (Grüne), forderte CDU und CSU zu einer „sachbezogenen Migrationsdebatte“ auf. Die Zahl der Zuwanderer betrage etwa 800 000 im Jahr. Rechne man die Abwanderer dagegen, bleibe ein „Wanderungssaldo“ von 86 000 Zuwanderern. *Kommentar Seite 3*

Kommentar

Argumente statt Wahlkampf-Knüppel

Statistiken sind nützliche Instrumente für den, der sie lesen kann. Doch wer macht sich schon die Mühe? Im Wahlkampf dienen die Zahlen ganz anderen Zwecken – je nach Interesse sollen sie beruhigen oder verängstigen.

Dies ist schon jetzt ein Wahlkampf der Zahlen geworden. Es geht um die Noten der Pisa-Studie, um die Prognosen für den Arbeitsmarkt – und, wieder einmal, um die Zuwanderungszahlen. Es gibt gegen all diese Zahlen nichts einzuwenden. Zuwanderung beschäftigt die Bürger, und es ist gut, wenn die Politik sich damit auseinandersetzt. Dazu können auch Statistiken nützlich sein – so lange sie als Argumente eingesetzt werden und nicht als Wahlkampf-Knüppel.

Eines steht fest: Viele zehntausend Menschen ziehen Jahr für Jahr aus anderen Ländern nach Deutschland, und noch weit

mehr haben das vor. Das spricht für ein Land, das trotz aller Schwarzmalerei im Inneren seine Anziehungskraft nicht verloren hat. Und es hilft unserem Land in Bereichen, in denen die eigenen Arbeitskräfte nicht ausreichen, siehe Green Card.

Zugleich bringt Zuwanderung Probleme mit sich, die auf die Tagesordnung gehören: Sprach-Schwierigkeiten und kulturelle Auseinandersetzungen dürfen nicht unter den Tisch gekehrt werden. Die Zuwanderungskommission der Bundesregierung hat vernünftige Vorschläge unterbreitet, wie sich Deutschland diesen Herausforderungen stellen kann. Dort muss die Politik weitermachen. Die Wissenschaft tut es in ihrem „Migrationsreport 2002“.

Er sollte zur Pflichtlektüre für die Wahlkämpfer werden. Damit die Wahl nicht mit beliebigen Zahlenspielen entschieden wird, sondern mit guten Argumenten. pit